

# **Macht und Mehrheit - Politikwechsel statt nur Regierungswechsel**

## **In neuer politischer Situation aus alten Fehlern lernen**

von Rüdiger Sagel, MdL NRW

DIE LINKE hat nicht nur die bisherigen politischen Verhältnisse in Deutschland durcheinander gewirbelt, sondern steht nun in der Situation, wie mit den gewonnenen parlamentarischen Stimmen im Westen umgehen und sich im Vorfeld von Wahlen, wie in NRW, aufstellen. Gemachte Erfahrungen der Grünen und ihre Entwicklung sollten in dieser notwendigen Diskussion miteinbezogen werden.

Nach den Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg hat der West-Aufbruch der neuen Partei DIE LINKE in diesen westdeutschen Parlamenten zu Sitzen geführt. Damit wurde die schon vorhandene 5-Parteien Realität im Bundestag nicht nur nachvollzogen, sondern hat zu einer neuen innenpolitischen Debatte, vor allem auch bei den etablierten Parteien, über die zukünftigen Mehrheitsverhältnisse geführt. Denn gleichzeitig hat auch der Einzug der Partei DIE LINKE, mit ihren bisher noch relativ wenigen Abgeordneten in die Parlamente im Westen, eine Hysterie um eine Linksverschiebung ausgelöst, dass ein Gefühl entsteht, als stehe Deutschland kurz vor der sozialistischen Revolution. Von den bürgerlichen Medien schlägt der Linken ein eisiger Wind entgegen und mit Kommunistenhetze und platten rote Socken Sprüchen wird vor allem von CDU/CSU und FDP gegen sie polemisiert. Phänomene, die aus den ersten Jahren der Grünen nach Gründung bekannt sind und deutlich machen, dass sich DIE LINKE auch bei kommenden Wahlkämpfen warm anziehen muss.

Gleichzeitig wird der Linken unterstellt, mit purem Populismus auf Stimmenfang zu gehen. Dies obwohl sich niemand der rechten oder sozialdemokratischen Sprücheklopfer auch nur ansatzweise mit den programmatischen Aussagen der Linken auseinandergesetzt hat. Dies wäre auch viel zu gefährlich, würde doch offenbar, wie wenig die eigene Programmatik den BürgerInnenwillen beinhaltet geschweige denn ihr Anliegen in konkrete Politik umsetzt. Denn was soll man von PolitikerInnen und ihren Lobbyisten halten, die von dem, was sie predigen, selber in keiner Weise betroffen sind und auch jegliches Gefühl für die Nöte der Menschen, denen sie sich zur Wahl empfehlen, vermissen lassen. Sinkende Realeinkommen, Kinderarmut, Altersarmut und ständig voranschreitender Sozialabbau, Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und Lohndumping sind für diese Leute kein wirkliches Thema sondern dienen, wenn überhaupt, nur als Worthülsen in immer unerträglicher werdenden Talkshows. Dies alles im Gegensatz zur Linken und einer Politik, die hier bei den Menschen im Land eine hohe Glaubwürdigkeit hat. Diese Ignoranz, Ende der siebziger Jahre gegenüber umweltpolitischen Problemen, der Friedens- und der Frauenbewegung, die unter anderen Vorzeichen immer noch ein Thema sind, hat in den 80er Jahren die Grünen stark gemacht, bis sie ihre Glaubwürdigkeit im parlamentarischen Geschehen fast vollständig verloren und sich in Regierungsbeteiligungen abnutzten.

Jetzt hat nach den Wahlen und bei weitgehender Unkenntnis der linken Programmatik trotzdem eine mit enormen medialem Getöse begleitete, allein machtorientierte Prozentrechnung eingesetzt, die bisher so noch nicht vom Wahlvolk erlebt werden konnte, und die jegliche sachliche Auseinandersetzung vermissen lässt oder sogar völlig scheut. Im Bezug auf die neue LINKE konfrontieren sich SPD und Grüne damit, ob sie ignorieren, tolerieren oder koalieren sollen. Für die SPD bedeutet dies einen Richtungsstreit, der die Partei zu zerreißen droht, und auch für die Grünen droht, aufgrund einer möglichen schwarz-grünen Entscheidung, der Verlust des letzten Restes von

Glaubwürdigkeit. Wie sich DIE LINKE in derartig, zunächst allein machttaktisch motivierten Spielchen oder gar zu weitergehenden Bündnissen verhält, sollte in der Partei und in der jeweiligen Situation des Bundeslandes oder Kommune gut abgewogen und diskutiert werden. Denn weder die bisher gewonnenen Abgeordneten-Sitze noch die realpolitischen Gegebenheiten mit extrem hoher Staatsverschuldung und wenig gesetzgeberischer Finanzkompetenz sind dazu geeignet, einen Systemwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Chancengleichheit und öffentlicher Daseinsvorsorge zu ermöglichen. Daher sollten nicht allein fachlich inhaltliche Fragen oder gar Karriereperspektiven, was für die Grünen in der Vergangenheit zunehmend Motivation war, den Ausschlag für eine Entscheidung und des konkreten Verhaltens geben, sondern die umfassende Analyse der jeweiligen Situation. Dies gilt umso mehr für eine Festlegung vor anstehenden Wahlen, wie sie in NRW noch bevorstehen. Ein Kongress "Perspektiven für ein anderes NRW" und konkrete Themenratschläge könnten hier z.B. die Debatte voranbringen und die Bewertungsmaßstäbe schärfen.

Doch auch jenseits dieser Fragestellungen geht die parteistrategische Auseinandersetzung weiter. Während selbsternannte Vordenker der Konservativen jetzt eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den politischen Zielen der LINKEN einfordern, scheut die SPD bisher jeden Kontakt und spricht in Verkennung der parteilichen Realität immer noch von der "sogenannten Linkspartei". Auch dies wohl bekannt, denn in den beiden sogenannten "Volksparteien" geben PolitikerInnen den Ton an, die durch die Linke noch mehr beunruhigt sind als durch die wachsende Partei der NichtwählerInnen, deren Unsicherheit sie selbst durch mangelnde oder fehlende Perspektiven verschuldet haben. Die Menschen suchen in einer Situation der sich ständig verschärfenden existenziellen Krise, die durch die kapital(-istischen) Unternehmen mittlerweile auch für den Mittelstand täglich vergrößert wird, soziale Sicherheit und gerechte Teilhabe. Doch dies bundesdeutsche politische Spießertum, das den Bürgern Mut predigt, sich selbst aber nichts traut, ist mit einer gravierenden Angst vor neuem Konstellationen, vor Minderheitenregierungen und jedem, auch inhaltlichen, Experiment ausgestattet, die nicht nur durch den Einfluß des wirtschaftlichen Lobbyismus erklärbar ist. Sollte sich die Bereitschaft zur Kooperation dennoch vergrößern, und in Hessen gibt es jetzt erste Anzeichen, sollte DIE LINKE kritisch genug bleiben, um nicht den billigen Koalitionspartner für und in einer Regierung abzugeben, in der es wenig anders zu gestalten gibt.

Das Parteiengeplänkel liefert insgesamt ein immer erbärmlicheres Bild der Parteiendemokratie in Deutschland und insbesondere die SPD tut sich hervor. Gerade die SPD, die inhaltlich GRÜNEN und LINKEN deutlich näher steht, jetzt aber ausgerechnet ihre Zuflucht bei den neoliberalen Heilsbringern der FDP sucht, die mit ihrem Marktradikalismus und Kampf gegen ArbeitnehmerInnenrechte und Lohnsteigerungen noch deutlich rechts von der CDU steht. Gerade dieses Parteienschauspiel, das die SpitzenpolitikerInnen den BürgerInnen täglich aufführen, ist jedoch Schuld an sinkenden Wahlbeteiligungen und -verdrossenheit in Deutschland, die auch durch die Linke nur zum Teil aufgehoben wird, aber auch zum Anstieg bei rechten Parteien führt.

Es wird höchste Zeit, dass die Machtspielchen und das -ringen um vermeintliche Mehrheiten beendet werden und sich die gewählten Abgeordneten besinnen, dass sie in erster Linie dem Bürger, d.h. denjenigen verpflichtet sind, die sie gewählt haben und erst in zweiter Linie ihrer jeweiligen Partei. Hier ist DIE LINKE nicht nur gefordert, sondern muss in bestem Sinne basisdemokratische und -orientierte Politik realisieren, was auch aus der Opposition heraus ein durchaus löbliches Unterfangen ist. Das Beispiel der Grünen der 80er Jahre zeigt, dass gerade in der Opposition eine erfolgreiche Realpolitik gemacht und Inhalte durchgesetzt werden können.

Denn dieses politische System ist nicht besonders demokratisch, wenn man Bündnisse und sogar Kontakte mit einer Partei ausschließt, obwohl ein großer Teil dieser Bevölkerung diese Partei gewählt hat. Worum geht es den Parteien bei Wahlen, wenn es fast egal ist, wer gewählt wird, wenn daraus doch eine Politik resultiert, die mehrheitlich vom Bürger so nicht gewollt ist. Und auch erst gar nicht versucht wird, in diesem Sinne Mehrheiten jenseits von CDU/FDP in konkrete politische Inhalte umzusetzen. Wenn BürgerInnen z.B. vor der Wahl keine Mehrwertsteuerhöhung versprochen wird,

wie von der SPD, und dann alle sogar noch höher als von der CDU geplant und mit dieser SPD, mit der Münte/Merkel Mehrwertsteuer von drei Prozent belastet werden.

Geht es den Parteien nur um die Macht und sich daran festzuhalten oder geht es noch darum, gute Politik zu erstreiten und auch durchzusetzen ?

Diese Frage wird zu beantworten sein und ihr muss sich auch die neue LINKE stellen und beantworten, ohne gleich vorschnell in ein vermutlich in Kürze vorbereitetes Koalitionsbett zu fallen oder jedem Tolerierungsangebot seinen Segen zu geben. Denn NRW braucht nicht nur einen Regierungswechsel, sondern es geht vor allem um einen von unten getragenen Politikwechsel.